

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

8. Jahrgang.

Donnerstag, 4. Oktober 1928.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1928

Nr. 236.

Die einen und die anderen

Die Zuckerindustriellen haben also dank der freundlichen Minivirkung des Bürgerblocks ihren neuesten Schatz in Sicherheit gebracht. Wie eine offiziöse Meldung besagt, haben am Dienstag die Vertreter der Zuckerfabrikanten und Rübenbauern dem stellvertretenden Ministerpräsidenten bekanntgegeben, daß sie das vom Richteramt vorgeschlagene „Kompromiß“, das eine Zuckerpreiserhöhung um 25 Heller für das Kilogramm und gewisse Steuererleichterungen für die Zuckerproduzenten vorsieht, annehmen. Diese letzteren werden jährlich rund zweihundert Millionen Kronen mehr einheimen, der heilige Profit der Großkapitalisten ist wieder einmal gerettet, die arbeitende Bevölkerung wird das Vergnügen haben, durch eine weitere Einschränkung ihrer dürftigen Lebenshaltung die Kosten dieses für die einen so einträglichen „Kompromisses“ zu bezahlen, die Regierungsparteien werden ihre Hände in Unschuld waschen und behaupten, daß es nicht anders ging, daß man der notleidenden Zuckerindustrie aufhelfen mußte und daß die Staatsmacht leider kein Mittel besäße, um dem Zuckerkonzern zu steuern, wobei sie hoffen, daß die armen geprellten Verbraucher noch rechtzeitig vergessen werden, wie sie diese durch das feierliche Versprechen, keinerlei Verteuerung des Zuckers zuzulassen, gequält haben. Es soll aber nicht verabsäumt werden, der Bevölkerung die Tatsache in der Erinnerung zu halten, daß die Bürgerblockregierung nicht zu einer einzigen energiegelassen Tat sich entschließen wollte, wie es beispielsweise die Aufhebung des Zuckerzollgesetzes gegen die Zuckerpreistreiber in Anwendung brachte, sondern sich mit ihnen freundschaftlich an den grünen Tisch setzte, um darüber zu beraten, wie sie ihren Reichtum ins Trockene bringen können, ohne daß es die Bevölkerung allzu sehr bemerke, wobei für die Zuckerproduzenten noch weit mehr abfiel, als sie ursprünglich zu hoffen gewagt hatten. Der Zucker wird also um 25 Heller pro Kilogramm teurer verkauft werden als früher, ungerecht, mit dem Mehrprofit, den etwa die Händler bei dieser Gelegenheit herauszuschinden suchen werden, vorläufig allerdings, bis zur Genehmigung des „Kompromisses“ durch den Ministerpräsidenten, wird der Zucker um 60 bis 70 Heller verteuert bleiben, was noch immerhin ein paar Millionen extra für die so hilfsbedürftigen Zuckerbarone abwerfen kann.

Mit welchem Maße den einen und den anderen unter der Herrschaft des glorreichen Bürgerblocks zugemessen wird, erhellt aus einem kleinen Vergleich. Seit dem Jahre 1922 erfolgte unter dem Druck der Krise ein allgemeiner Lohn- und Gehaltsabbau bei den Arbeitern und Angestellten, der das Existenzniveau von Millionen Menschen so stark herabschraubte, daß man geradezu von ihrer Verelendung sprechen kann, denn die dadurch erhoffte Verbilligung der Lebensmittel traf nicht im geringsten ein. Für die anderen, die Großen, wurde der Tisch ganz anders bereitet. In den Jahren 1922—1923 betrug der Zuckerpreis für 100 Kilogramm 430 Kronen, in der Kampagne 1923 bis 1924 440 Kronen, in den Jahren 1926 bis 1927 stieg er auf 530 Kronen und wird mit dem Zuschlag von 25 Hellern künftighin 555 Kronen betragen. Die Fürsorge des Bürgerblocks hat es also unversehrt gebracht, daß seit Beginn seiner Herrschaft der Zucker für das Kilogramm um K 1.15 teurer verkauft wird, was in derselben Zeit geschah, in der die Arbeiter und Angestellten nicht genug hatten, um ihre allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Am beim Zucker zu bleiben: dabei hatten die Millionen Menschen, auf deren Schultern sich die Konsoziation der Wirtschaft poßkon, das empörende Bewußtsein, daß das Ausland den tschechoslowakischen Zucker weit billiger genießen durfte, als sie selber dafür bezahlen mußte. Wäre es möglich, zum Beispiel den aus der Tschechoslowakei nach Holland- auszuföhrten Zucker wieder in die Tschechoslowakei zurück-

Das Wiener-Neustädter Kompromiß.

Vormittags Heimwehren, nachmittags Schutzbund. — Polizei sperrt eine neutrale Zone ab.

Wien, 3. Oktober. (Eigenbericht.) In den heutigen Beratungen der niederösterreichischen Landesregierung ist eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteien über die Durchführung des Aufmarsches am 7. Oktober zustande gekommen. Ihr Inhalt ist im wesentlichen folgender:
Die Formationen der Sozialdemokraten und des Schutzbundes kommen am Samstag zwischen 6 Uhr abends und Mitternacht mit Sonderzügen auf dem Hauptbahnhof in Wiener-Neustadt an und marschieren dann in ihre Quartiere. Sie versammeln sich Sonntag früh auf verschiedenen Plätzen der Stadt. Die Heimwehrformationen kommen in der Nacht auf Sonntag zwischen halb ein Uhr und acht Uhr früh auf dem Rangierbahnhof außerhalb der Stadt an und ziehen dann auch auf bestimmten Wegen in ihre Quartiere. Am 9 Uhr beginnt der Aufmarsch der Heimwehren in einer ganz bestimmten Route. Wenn das Ende des Zuges den Hauptplatz verlassen hat, was spätestens um 11 Uhr vormittags zu erfolgen hat, erfolgt dann eine Umgruppierung der Sicherheitsmannschaften, die den Aufmarsch abschließen. Es folgt dann der Aufmarsch des Schutzbundes und der Arbeiterschaft auf den Hauptplatz.

Zu wesentlichen läuft diese Einteilung darauf hinaus, daß die Heimwehren den Vormittag und die Sozialdemokraten den Nachmittag zur Verfügung haben. Zwischen den Zügen und der übrigen Bevölkerung ist eine neutrale Zone gebildet, die von Polizeimannschaften hermetisch abgeschlossen ist. In dieser neutralen Zone dürfen keine Versammlungen und während des Aufmarsches keine Ansammlungen stattfinden. Das Betreten dieser Zone durch die Einwohner von Wiener-Neustadt wird von den lokalen Behörden geregelt. Der Zeitpunkt und die Dauer der Abschließung dieser Zone werden von der Bundespolizei im Einvernehmen mit dem Magistrat festgelegt. Die Demonstrationen betreffen die neutrale Zone nach genau festgelegten Aufmarschplänen; der Durchmarsch der Heimwehren durch die Stadt erfolgt im fließenden Tempo ohne jeden Aufenthalt. Der Heimtransport der Schutzbundformationen erfolgt erst dann, wenn der letzte Zug der Heimwehren von Wiener-Neustadt abgefahren ist.

Ueber die Kommunisten ist in dieser Vereinbarung gar nichts festgesetzt. Ihre Kundgebung bleibt verboten.

Heimwehrdebatte im Nationalrat.

Die Sozialdemokraten für die innere Abrüstung. — Seipel verteidigt seine Faschistenleibgarde.

In der heutigen Sitzung des Nationalrates hat die Sozialdemokratie folgende dringliche Anfrage wegen des 7. Oktober eingebracht:

Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, daß die sogenannte Heimwehr zu einer ersten Gefahr für die demokratische Entwicklung der Republik und für den Frieden im Lande geworden ist. Die Heimwehren sind allmählich zu faschistischen Formationen entartet, die immer offener mit dem gewaltsamen Umsturz der republikanischen Verfassung drohen. Diese Entwicklung hat selbstverständlich zur Folge, daß die verfassungstreue republikanische Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, gezwungen ist, sich gegen diese Gefahr zu wappnen. Angesichts der durch diese Entwicklung heraufbeschworenen Gefahr wird die Frage an die Bundesregierung gerichtet, ob sie bereit ist, Verhandlungen mit den politischen Parteien über die innere Abrüstung einzuleiten.

Diese dringliche Anfrage wurde von Dr. Renner begründet, der ausführte, daß die Heimwehren illegale bewaffnete Organisationen sind, für die keine politische Partei die Verantwortung trägt und die auch keine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung haben. Geführt werden die Heimwehren von dem Hauptmann Babst, einem in Deutschland fluchtverpflichteten Hochverräter und Desperado; ein Gewährlassen dieser Zustände würde zur Balkanisierung Österreichs führen. Das ist die furchtbare Gefahr. Daher ist es Aufgabe aller Parteien, dieser Entwicklung zu steuern und für die Befriedung des Landes zu sorgen.

Der Bundeskanzler Dr. Seipel verteidigte die Heimwehren und erklärte, es sei nichts Nachteiliges über sie bekannt geworden. Babst verteidigte er damit, daß die deutsche Regierung seine Auslieferung nicht verlangt habe. Zu Besprechungen über die innere Abrüstung sei er bereit und werde schriftliche Einladungen dazu ergehen lassen.

zuföhren, so könnte dieser Zucker nach Zurücklegung dieser Reise hier um 338 bis 434 Kronen verkauft werden.

Aber es ist der Zucker nicht allein, bei dem sich die zweiseitige Fürsorge des gegenwärtigen Regierungssystems offenbart hat. Zuerst schrieben die Agrarier nach Erhöhung der Getreidezölle, die sie zur Verringerung ihrer Notlage angeblich für notwendig erklärten und der im Werden begriffene Bürgerblock beistimmte noch vor seiner formellen Geburt diesem „Notzettel“ Rechnung zu tragen. Der Verteuerung des Mehles folgte bald die Preissteigerung für Milch, Eier, Fleisch und Fett, Gemüse und Viktualien. Dann kam eine Verteuerung der Kohle und die Teuerungswelle geht noch immer weiter, ohne daß die Löhne im geringsten mit ihr gleichen Schritt halten würden. Die Regierung aber, die für die Wünsche der Bevölkerung ein feines Ohr besitzt, bleibt der steigenden Auswucherung der Bevölkerung gegenüber untätig, ihre gelegentlichen Maßnahmen haben nie größere Wirkung erzielt, als sie ein Schlag ins Wasser hervorruft. Die unterschiedlichen Bücherer wissen eben, daß sie sich unter dem Regime der Bürgerregierung alles erlauben können, ohne eine Störung befürchten zu müssen. Wie anders erweist diese Regierung ihre Liebe und Rücksichtnahme den wirtschaftlich Starken! In den Zeiten der Wirtschaftskrise jammerten die Unternehmer zum Stein erweichen, doch weiß man längst, daß sie selbst in diesen mageren Jahren nicht am Hunger leiden zu nagen brauchen, daß sie ihre Luxus-

bedürfnisse nicht verringern mußten und sie so gar wesentlich zu steigern imstande waren. Seither haben sich die für sie noch lange nicht schlechten Verhältnisse gründlich geändert, sie ziehen gegenwärtig aus einer außerordentlichen Konjunktur Riesengewinne, doch weder ihnen noch der Regierung fällt es ein, für die jetzigen Sorgen zu tragen, die durch ihre Hände Arbeit den Unternehmern zu dieser reichen Ernte verhelfen und die seinerzeit auf einen sehr wesentlichen Teil ihres Arbeitseinkommens zu verzichten gezwungen wurden, um der krisenhaften Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Die Kurve der einzelnen Unternehmungen steigt sprunghaft in die Höhe, die Aktionäre werden mit Dividenden in ungeahnter Höhe überhäuft, die Verwaltungsräte und Direktoren erhalten Bezüge, die fürstlichen Charakter haben, zu gleicher Zeit müssen tausende Vergarbeiter in den Streik treten, um für sich und ihre Familien ein größeres Stück Brot zu erkämpfen und viele tausende Arbeiter gibt es, deren Löhne das Existenzniveau nicht verlassen haben. Für die einen ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und besonders unter der Herrschaft der antisozialen Bürgerregierung eben ganz anders gesorgt, als für die anderen, das sind die Arbeiter und Angestellten. Löhne von 100 bis 150 Kronen wöchentlich, aber auch solche von 60 Kronen zählen keineswegs zu den Seltenheiten. Statt den Ausgebeuteten zu helfen, hat die Regierungsmehrheit nichts bringenderes zu tun gehabt, als den Wünschen des borniertesten Teiles des Unternehmertums

Der Führer der Christlichsozialen Kun-
schak erklärte, die innere Abrüstung sei nur
möglich zugleich mit der Verabschiedung des von
den Christlichsozialen eingebrachten Anti-Terror-
gesetzes, das sich in Wirklichkeit gegen die Gewerk-
schaften richten soll.

Genosse Dr. Bauer befaßt sich mit dem
Treiben des Babst und schildert, wie staatsgefähr-
lich und die Ruhe bedrohend das Treiben der
Heimwehren ist. Ein verantwortungsvoller
Staatsmann, der Blutvergießen vermeiden will,
hätte den Aufmarsch der Heimwehr verbieten
müssen.

Gendarmerieverkärungen ins Schlaner Streifgebiet!

Prag, 3. Oktober. Das amtliche Preßbüro
verbreitet abends einen Bericht aus Schlan,
daß gestern abends etwa 300 Personen auf der
Grube „Theodor“ erschienen seien und die
die Grube verlassenden Vergarbeiter,

ob es Streikbrecher oder Sicherheitsmann-
schaften waren, geht aus der Meldung nicht
hervor,

insultiert und mit Steinen beworfen hätten, wo-
bei ein Vergarbeiter am Kopf verletzt wurde.
Auch soll in die Fenster der Wohnung des
Grubeninspektors ein Stein geworfen worden
sein. Heute früh wurden etwa 40 Leute an der
Peripherie der Gemeinde Pöcher von Gendar-
merie auseinandergejagt. Die amtliche Meldung
schließt:

Im Hinblick auf diese Ereigni-
sse mußten in den Schlaner
Bezirk Gendarmerieverkärungen
entsendet werden.

Zu dem neuen Konflikt im Odrauer Bergrevier.

Es wird uns gemeldet: Die Eigentümer der
Gruben haben die Kündigung des Lohnvertrages
zur Kenntnis genommen und gleichzeitig die Be-
rechtigung zur Einleitung neuer Verhandlungen
ausgesprochen, die am Dienstag, den 3. Okto-
ber im Ministerium für öffentliche Arbeiten be-
ginnen sollen. Nachdem die Kontrahenten da-
durch bekräftigten, daß sie mit dem Antrag auf
Einleitung neuer Verhandlungen einverstanden
sind, werden tatsächlich in der nächsten Woche
Verhandlungen eingeleitet werden. Es ist zu
wünschen, daß diese neuen Verhandlungen nicht
scheitern. Allerdings liegt es an dem guten Willen
der Eigentümer der Gruben, wie sie dabei den
Forderungen der Vergarbeiter entgegenkommen.
Werden sie den Forderungen der Vergarbeiter
nicht entgegenkommen, so werden auch diese Ver-
handlungen scheitern und die Verantwortung
für die Folgen fallen auf die Häupter der füh-
renden Herren der Organisation der Vergwerks-
eigentümer.

nach Verschlechterung der Sozialversicherung
zu entsprechen und sie hat von den wenigen
Verbesserungen, die daneben noch langen Ver-
handlungen in das Gesetz aufgenommen wor-
den waren, unter infamem Wortbruch auch
noch die Bestimmung auf Errichtung einer
ersten Lohnklasse in der Krankenversicherung
gestrichen, nur weil die Industriellen dies ver-
langten. Es genügt, daß der Sekretär des
Industriellenverbandes bei der Regierung vor-
sprach, um die bürgerliche Parlamentsmehr-
heit gehörig einschwenken zu lassen. Zwei
Kronen Krankengeld täglich mehr, das darf
nicht sein, so befehlen die Unternehmer, weil
sie bei einer Anzahl besser entlohnter Arbeiter
nicht einige Heller monatlich mehr zahlen wol-
len, das Krankengeld darf nach dem Diktat der
Industriellen über 24 Kronen nicht hinausge-
hen und die Regierungsmehrheit beistimmt
dieser Anordnung Folge zu leisten. Das ge-
schieht kurze Zeit, nachdem dieselbe Mehrheit
durch die sogenannte Steuerreform den Unter-
nehmern Millionenprämien gemacht hat!

Wohlvollende Rücksichtnahme, Steuerer-
leichterungen, Entgegenkommen an die Wuchergelüste
für die einen, brutale Rücksichtslosigkeit, Ver-
schlechterung der Sozialversicherung, Verteue-
rung des Zuckers und aller anderen Lebensmit-
tel, Drohung der sozialen Fürsorge für die
anderen — das sind einige der Zeichen auf
dem Wege des Bürgerblocks. Von der Ent-
scheidung und dem Willen der Massen hängt es
ab, wie lange dieser Weg noch sein wird!

